

"Ohne Belgiens Uran" in Der Spiegel (22. Februar 1956)

Quelle: Der Spiegel. 22.02.1956. Hamburg. "Ohne Belgiens Uran", p. 24.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ohne_belgiens_uran_in_der_spiegel_22_februar_1956-de-85055425-bec5-4120-a2e1-de508826ed04.html

Publication date: 05/11/2015



Ohne Belgiens Uran

Als die Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten am Nachmittag des 12. Februar im Brüsseler Senatsgebäude noch einmal zusammentraten, machte es ihnen nur wenig Mühe, das Schluß-Kommunique ihrer Konferenz über westeuropäische Atomfragen zu formulieren. Drei Wochen zuvor hatte nämlich der unermüdliche gallische Trommler für den europäischen Gedanken, der abgedankte Präsident der Montanunion, Jean Monnet, in Paris ein Aktionskomitee gegründet und unter lautem Propagandawirbel eine neue Marschroute ausgerufen. Diesmal soll der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa über das Atom führen.

Die Minister aus dem mit Kohle und Stahl gepflasterten Vorhof der europäischen Wirtschaftseinheit waren in Brüssel zusammengekommen, um die Berichte ihres Atom-Ausschusses zu diskutieren, der im vergangenen Sommer in einem der wirtschaftlichen Hinterhöfe Europas, in Messina, gegründet worden war.

Was der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak als Vorsitzender dieses Ausschusses nach dreivierteljährigen Studien seinen Kollegen in Brüssel über eine künftige europäische Atomgemeinschaft (abgekürzt: Euratom) vorschlug, bedeutete ein nahezu vorbehaltloses Einschwenken auf die Marschroute Jean Monnets. Obwohl Spaak bewußt das für Monnets Methoden kennzeichnende Wort „supranational“ vermied, liefen die Vorschläge seines Expertenausschusses darauf hinaus, auch für die sich in Europa langsam entwickelnde Atomindustrie die gleichen Arbeitsmethoden zu empfehlen, die von der supranationalen — das heißt außerhalb des Machtbereichs der Einzelstaaten stehenden — Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit ihrem Hauptquartier in Luxemburg bereits praktiziert werden.

Erste erfreute Kommentare der Luxemburger Hohen Behörde für Kohle und Stahl über diese Vorschläge zeigten denn auch bald, wie sehr die Beamten der Montanunion nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Schwester-Organisation als Weggefährtin auf dem Weg nach Europa begrüßen würden.

Jean Monnet hatte überdies Europas Sozialisten und Gewerkschaftler für das Projekt Euratom gewonnen. Von den 34 Mitgliedern seines Pariser „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ sind 19 Sozialisten, unter ihnen der Vorsitzende der westdeutschen SPD, Erich Ollenhauer.

Die Kehrtwendung der SPD

Angesichts der Chance, einen zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig von Geburt an einer Planungsbehörde unterzuordnen, haben sich insbesondere die Sozialdemokraten der Bundesrepublik beeilt, in ihrer Einstellung gegenüber wirtschaftlichen Teilintegrationen Europas eine gelenkige Kehrtwendung zu vollziehen. Stimmte die SPD vor vier Jahren noch heftig gegen die damals geplante Kohle- und Stahlgemeinschaft, so ist sie mit ihren Gesinnungsfreunden aus Frankreich und Holland heute dem Projekt Euratom recht zugetan.

Westdeutschlands Gewerkschaftschef Walter Freitag erklärte bereits, die Gelegenheit sei günstig, auf diesem neuen Sektor der Energieerzeugung „private Monopole“ zu verhindern, wie sie das kapitalistische System bei Kohle und Stahl leider habe entstehen lassen.

Große Teile der westeuropäischen Industrie lehnen dagegen das Konzept von Messina ab. Französische Chemie-Fabrikanten wandten sich schon kurz nach Bekanntwerden der Resolutionen Jean Monnets gegen die Einmischung überstaatlicher Organisationen in die Atomwirtschaft. Der Verband katholischer Unternehmer Belgiens zog seinen Vorsitzenden Lefèvre, der an Monnets Pariser Veranstaltung teilgenommen hatte, zur Rechenschaft und erklärte, seine Zusagen gegenüber dem ehemaligen Montan-Präsidenten verpflichteten sie zu gar nichts. Die Zeitung „Libre Belgique“ schließlich verwahrte sich gegen das für die Euratom vorgesehene Rohstoffmonopol: „Sollen wir etwa so naiv sein und unsere Uranerze am Kongo preisgeben?“

Der Vorsitzende des Arbeitskreises für Atomfragen im Bundesverband der Deutschen Industrie, W.A.

Menne, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie und Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst, machte sich zum Sprecher deutscher Industrieller, denen ein Betrieb von Atomreaktoren in überstaatlicher Regie und ein überstaatliches Einkaufs- und Verkaufsmonopol Mißtrauen einflößen. Die westdeutsche Wirtschaft befürchtet, daß ihr der Zugang zu den Kernbrennstoffen nach dem straffen System der Euratom möglicherweise dadurch erschwert werden könnte, daß die anderen Partnerstaaten mit dem Hinweis auf ihre Atom-Rüstungsindustrie größere, unkontrollierbare Mengen von Atomrohstoffen für sich beanspruchen⁽¹⁾. Bei der Bedeutung der Atomnutzung für die moderne Industrie könnte eine unzureichende Belieferung mit Kernbrennstoffen in der Tat einen Industriestaat auf dem Inlands- wie dem Auslandsmarkt gegenüber anderen Ländern spürbar benachteiligen.

Auch Menne befürwortet einen einheitlichen, zollfreien Markt für Atombrennstoffe. Aber er warnt: „Es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß eine supranationale behördliche Organisation mit dirigistischen Befugnissen die Privatinitiative auf dem Atomgebiet zu ersticken vermag! Es muß jedem Land und jeder Firma die Entscheidung überlassen bleiben, ob und wie weit sie sich auf dem Atomgebiet betätigen will.“

Die Sympathien der Industriellen, die das europäische Atomproblem nicht wie die Außenminister in Brüssel vorwiegend politisch, sondern wirtschaftlich sehen, gehören deshalb den Plänen des westeuropäischen Wirtschaftsrates OEEC⁽²⁾. Diese Wirtschaftsorganisation europäischer Staaten hatte im vergangenen Sommer, eine Woche nach der Messina-Konferenz der Außenminister der Montanunion, gleichfalls eine Konferenz einberufen. Sie beauftragte ihren griechischen Sachverständigen, Leandre Nicolaidis, gemeinsam mit einem belgischen und einem englischen Experten Untersuchungen darüber anzustellen, „welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit unter den OEEC-Ländern geeignet sein könnten, die Atomenergie als einen neuen Faktor wirtschaftlicher Expansion in Europa einzusetzen“.

Ende Dezember lag der Bericht des Griechen vor. Auch er empfahl, auf dem Gebiet der Atomwirtschaft in Westeuropa gemeinsam vorzugehen. Nicolaidis schlug insbesondere vor, eine Sicherheitskontrolle und eine Stelle zu schaffen, der die Investitionen der europäischen Atomfabriken gemeldet werden müßten, um zu vermeiden, daß man aneinander vorbeiarbeite. Im übrigen aber waren die Empfehlungen des Experten Nicolaidis auf dem Grundsatz aufgebaut, daß auch in einer europäischen Atomwirtschaft die Freiheit der unternehmerischen Initiative und der Wettbewerb erhalten bleiben müßten.

Auf den 35 Seiten ihres Berichtes empfehlen die Fachleute des Europäischen Wirtschaftsrates die Gründung einer nur locker zusammengehaltenen Atomgemeinschaft. Sie soll die nationalwirtschaftlichen Atom-Programme aufeinander abstimmen, gemeinsame Projekte fördern sowie den Austausch von Forschungsergebnissen und eine Standardisierung der Atomfabrikation vorantreiben.

Im Gegensatz zu der Euratom der Schumanplan-Länder würde es in dieser Gemeinschaft keine überstaatlichen Isotopenfabriken oder Uran-Bergwerksgesellschaften geben, die an die Weisungen einer Hohen Behörde gebunden sind. Die mit der Erzeugung von Atomenergie beschäftigten Unternehmen sollen nach dem OEEC-Plan vielmehr unabhängige Geschäftsleitungen erhalten. An Stelle einer Hohen Behörde, eines Parlaments und eines Gerichtshofes würde es in der Atomgemeinschaft der OEEC nur ein Lenkungskomitee, ein Kontrollbüro für Sicherheitsfragen und im übrigen freie Firmen geben.

Nach dem Vorpreschen der Außenminister in Brüssel melden sich deshalb jetzt die Anhänger dieses Planes in dem Meinungsstreit zu Wort, der in den betroffenen Ländern quer durch die Regierungen geht. Der neunköpfigen Delegation Westdeutschlands beispielsweise, die an der Brüsseler Konferenz teilnahm, gehörten Außenminister von Brentano, Staatssekretär Hallstein und der Integrationsexperte Bundeskanzler Adenauers, Ophüls, an — sie war also überwiegend politisch orientiert. Die vorwiegend wirtschaftlich interessierten Ministerien Westdeutschlands sind von den Brüsseler Beschlüssen nicht so sehr erbaut.

Im Hause Vizekanzler Blüchers hält man es sogar für gefährlich, angesichts der mittlerweile offenbar gewordenen Fehler in der Konstruktion der Montanunion auch auf dem Gebiete der Atomwirtschaft neue supranationale Teilintegrationen zu schaffen. Denn diese Teilintegrationen würden ohne einen großen gemeinsamen Markt möglicherweise im luftleeren Raum schweben. Auch Westdeutschlands Atomminister

Franz-Josef Strauß machte aus seiner Abneigung gegen eine allzu bürokratische Atomgemeinschaft kein Hehl.

Am 28. Februar werden Blücher und Strauß für die Bundesrepublik Deutschland an der Tagung des Ministerrats der OEEC in Paris teilnehmen, wo als Gegenstück zu dem Euratom-Plan der Brüsseler Außenministerkonferenz die OEEC-Vorschläge des Griechen Nicolaidis zur Debatte stehen. Fachleute der europäischen Integration sehen schon einen Kompromiß zwischen den beiden rivalisierenden Plänen reifen.

(1) Die Bundesrepublik hat sich in den Pariser Verträgen verpflichtet, auf eine Atom-Rüstungsproduktion zu verzichten.

(2) Der Europäische Wirtschaftsrat OEEC (Organization for European Economic Co-Operation), in dem nicht nur die Länder der Montanunion, sondern 17 europäische Nationen zusammengeschlossen sind, bemüht sich um den stufenweisen Abbau von Zollschränken und Devisenbeschränkungen. Auch England, das in Atomfragen am weitesten fortgeschrittene Land Europas, ist Mitglied der OEEC.